



Beschluss

der 8. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam vom 02.04.2025

öffentlich

**Top 9.17 Initiative für Wohnungsneubau
25/SVV/0012**

geändert beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weiterhin die Initiative mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg mit dem Ziel fortzusetzen, mit Bund und Land die Finanzierungskosten für kommunale, genossenschaftliche und private Wohnungsunternehmen bei Fremdfinanzierungen für Wohnungsneubau - vor allem zur Schaffung von sozial geförderten und mietpreisgedämpften Wohnungen - und für energieeffiziente Sanierungen massiv zu senken. Alle probaten Mittel sollen hierbei betrachtet werden, wie z.B. die Bereitstellung extrem zinsgünstiger Kredite über die KfW, ILB oder über andere Programme/Akteure. Ebenso ist ein ausreichendes Volumen der günstigeren Finanzierungsinstrumente sicherzustellen. Ein ggf. entstehender Forderungskatalog sollte zusammen mit den Bauherren erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut im Protokoll wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden beigelegt:

Potsdam,
den 30. Juni 2025

Hartung
Leiter des Büros
der Stadtverordnetenversammlung

Stempel